

Wir ergreifen Partei

**FÜR EINE
SOZIALE SCHWEIZ.**

Nus prendain partida

**PER
L'EGUALITAD.**

Noi siamo dalla tua parte

**PER
LA PROTEZIONE
DEL CLIMA.**



Partei ergreifen für eine soziale Schweiz

Als Sozialdemokrat:innen wissen wir: Fortschritte gibt es nur, wenn wir uns gemeinsam engagieren. Nicht alle gegen alle, sondern Schulter an Schulter. Nicht mit den Rezepten von gestern, sondern mit Lösungen von heute. Nicht erst morgen, sondern hier und jetzt. Nicht halbherzig, sondern mutig.

Dafür ergreifen wir jeden Tag Partei. Auch in und für Graubünden. Für etwas kämpfen, sich für jemanden einsetzen, Haltung einnehmen: Das meinen wir, wenn wir Partei ergreifen. Wir wollen Partei ergreifen für die Hoffnung und für die Überzeugung, dass Fortschritt, Freiheit und Gerechtigkeit für alle möglich sind. Unsere Gegenwart und die Zukunft derer, die nach uns kommen, verlangen ein Ende der Gleichgültigkeit.

Natürlich sind die Prioritäten der SP Schweiz auch unsere Prioritäten. Wir ergreifen Partei für bezahlbare Mieten, tiefere Krankenkassenprämien und anständige Renten. Wir ergreifen Partei für wirksamen Klimaschutz und Versorgungssicherheit. Wir ergreifen Partei für echte Gleichstellung. Wir ergreifen Partei für eine soziale Schweiz.

Wir haben aber auch Prioritäten für Graubünden, für die wir in Bern als Bündner Sozialdemokrat:innen Partei ergreifen wollen.

Unsere fünf wichtigsten Ziele haben wir in dieser Wahlplattform aufgeschrieben.

1. Wir schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum, um die Abwanderung zu stoppen und die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken.

In vielen Regionen Graubündens – insbesondere den touristischen Gemeinden und in den Zentren – wird es für die einheimische Bevölkerung immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Mieten steigen und sind zum Kaufkraftkiller Nummer 1 in Graubünden geworden. Und: Viele Familien und junge Menschen sind wegen der Wohnungsnot gezwungen, abzuwandern. Das ist aus sozialer Sicht inakzeptabel und gefährdet die Zukunft der betroffenen Regionen. Darum braucht es einen deutlichen Richtungswechsel in der Wohnraumpolitik.

Wir fordern einen kantonalen Wohnraumfonds zur Schaffung von gemeinnützigen Wohnungen in betroffenen Gebieten. Und wir fordern eine Verbesserung des Zweitwohnungsgesetzes, damit für altrechtliche Immobilien eine Erstwohnungsquote gilt.

2. Wir setzen wirksamen Klimaschutz um und packen die Chancen der Energiewende für Graubünden.

Der Klimaschutz und eine saubere und sichere Energieversorgung sind die grössten Aufgaben unserer Generationen. Diese Herausforderungen können wir nur gemeinsam anpacken. Immer mehr Menschen bemühen sich um einen nachhaltigen Lebensstil. Doch Konzerne nehmen für ihre Profite in Kauf, dass unsere Natur, unsere Tierwelt und wir Menschen in Gefahr geraten. Dies gilt ganz besonders für das Berggebiet und für Graubünden. Zugleich bietet die Energiewende gerade im Berggebiet unzählige Chancen für Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

Wir fordern die konsequente Umsetzung des von der SP lancierten Green Deal in Graubünden. Wir sorgen für eine konsequente und naturverträgliche Umsetzung der Solaroffensive in Graubünden und engagieren uns für die Klimafonds-Initiative, welche faktisch einen Green Deal für die Schweiz einführen will. **Und wir fordern starke Massnahmen, damit der Schweizer Finanzplatz auf Geschäfte verpflichtet wird, die mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sind.** Damit leisten wir unseren Beitrag zur Menschheitsaufgabe Klimaschutz und packen die Chancen für unseren Bergkanton.

3. Wir sichern gute Pflege und beste Gesundheitsversorgung in allen Regionen.

Obwohl auch die Bündner Bevölkerung die Pflegeinitiative deutlich angenommen hat, bleibt der Fachkräftemangel in der Pflege und im Gesundheitswesen eines der grössten Probleme Graubündens. Gute Pflege, professionelle Betreuung und beste medizinische Versorgung für alle in allen Regionen sind Voraussetzung für eine gute Zukunft unseres Kantons.

Wir fordern eine vollständige und rasche Umsetzung der Pflegeinitiative.

Dafür braucht es nicht nur eine Ausbildungsinitiative, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen für alle Menschen im Gesundheitswesen. Pflege und medizinische Versorgung dürfen nicht nur als Kostenfaktor angesehen werden. Der weiteren Ökonomisierung des Gesundheitswesens und den Zentralisierungstendenzen muss Einhalt geboten werden. Darum unterstützen wir auch die geschaffenen integrierten Gesundheitsversorgungsregionen in Graubünden und **fordern, dass das Gesundheitswesen als Service public und nicht als Geschäftsmodell begriffen wird.**

4. Wir bringen die Gleichstellung auch in Graubünden voran.

Dank der feministischen Bewegung geht es in der Gesellschaft voran – auch in Graubünden. Man spürt einen breiten Willen zur Veränderung, und das ist gut. Aber: Wir sind noch lange nicht da, wo wir sein wollen. Frauen stehen finanziell immer noch deutlich schlechter da als Männer. Junge Eltern reiben sich zwischen Beruf und Familie auf. Frauen und queere Menschen sind weiterhin mit Sexismus und Gewalt konfrontiert. Gleichstellung ist keine Privatsache, sie geht uns alle an.

Wir fordern Lohngleichheit und wir wollen die Rentenlücke so vieler Frauen schliessen. Wir engagieren uns für bezahlbare Kitas für alle Familien – in allen Regionen. In Graubünden haben wir schon ein fortschrittliches Gesetz durch den Grossen Rat gebracht, national engagieren wir uns für die Kita-Initiative und für angemessene Elternzeit. **Und: Wir kämpfen für mehr Respekt, gegen Gewalt und gegen Alltagssexismus.**

5. Wir setzen uns für eine europäische Schweiz ein, die nicht am Gängelband der Banken geht.

Die Stellung der Schweiz in Europa und in der Welt ist angeschlagen. Der Bundesrat hat immer noch keine Lösung für die Beziehung unseres Landes zur EU – der besten Nachbarin, die unser Land je hatte. Trotz dem verbrecherischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verharren grosse Teile der Politik in einer veralteten und opportunistischen Interpretation der Neutralität. Zudem hat die mit Notrecht vollzogene Zwangsfusion zwischen CS und UBS gezeigt, dass sich unser Land faktisch in Geiselschaft der Grossbanken und nun konkret der Monsterbank UBS befindet. Das ist eine Gefahr für unsere Souveränität und unsere Demokratie.

Als Bewohnende des Tourismus- und Grenzkantons Graubünden

fordern wir darum die Lösung der institutionellen Fragen mit der EU. Und wir fordern vom Bundesrat, dass er die Schweiz als Anwältin des Völkerrechts versteht und sich im Krieg klar auf die Seite der Ukraine stellt. Und natürlich fordern wir eine Bankenregulierung, welche die Macht der Monster-UBS einschränkt und die Risiken für die Gesellschaft senkt.

Boni-Exzesse und absurde Eigenkapitalrenditen müssen der Vergangenheit angehören.

Wir schaffen mehr bezahlbaren **Wohnraum**, um die Abwanderung zu stoppen und die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken.

Wir setzen wirksamen **Klimaschutz** um und packen die Chancen der Energiewende für Graubünden.

Wir sichern gute Pflege und beste **Gesundheitsversorgung** in allen Regionen.

Wir bringen die **Gleichstellung** auch in Graubünden voran.

Wir setzen uns für eine **europäische Schweiz** ein, die nicht am Gängelband der Banken geht.

Nus stgaffin dapli **spazi d'abitar** pajabel per fermar la depopolaziun e rinforzar la capacidad da cumpra da la populaziun.

Nus mettain en pratica ina **protecziun dal clima** efficienta e tschiffain las schanzas da la midada energetica per il Grschun.

Nus segirain ina buna tgira ed il meglier **provediment da la sanadad** en tut las regiuns.

Nus promovain **l'egualitad** er en il Grischun.

Nus ans engaschain per ina **Svizra europea** indepenenta da las bancas.

Promuoviamo **abitazioni** a prezzi accessibili per fermare lo spopolamento e rafforzare il potere d'acquisto della popolazione.

Mettiamo in atto una strategia efficace di **protezione del clima** e sfruttiamo le opportunità della svolta energetica.

Garantiamo cure di qualità e il miglior **sistema sanitario** in tutte le regioni.

Promoviamo **l'uguaglianza** di genere anche nel Grigioni.

Ci battiamo per una **Svizzera europea** che non stia al guinzaglio delle banche.

**AM 22. OKTOBER SP WÄHLEN!
VOTAI PS ILS 22 D'OCTOBER!
IL 22 OTTOBRE VOTARE PS!**